



Jahresbericht 2003

Bonn, im Januar 2004

Inhalt

1. Überblick	5
2. Tätigkeitsschwerpunkte 2003	7
2.1 Förderung der Gewaltprävention	7
2.2 Prävention durch Technik	12
2.3 Prävention von Wirtschaftskriminalität und Korruption	14
2.4 Prävention und Medien	15
2.5 Präventionsdatenbank „PräViS“	16
2.6 „Sichere Kommune“: Impulse für die kommunale Prävention	16
2.7 Nationale Kontaktstelle im Europäischen Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)	18
2.8 Öffentlichkeitsarbeit / Kooperationspartnerschaften	20
3. Aufbau und Organisation der Stiftung	23
3.1 Aufbau / Struktur	23
3.2 Organisation	24
3.3 Personal	24
3.4 Finanzen	25
4. Anhang: Mitglieder des Kuratoriums	26

1. Überblick

Das Deutsche Forum für Kriminalprävention (DFK) hat seine inhaltliche Arbeit im Jahr 2003 ausgeweitet und durch Einbindung unterschiedlichster Experten je nach aufgegriffenem Thema professionalisiert, wie die Entwicklung der Aktivitäten und die erzielten Arbeitsergebnisse belegen.

Die Arbeit der Stiftung umfasst alle Bereiche der Prävention gleichgewichtig. Sie reicht von Ansätzen im primären Bereich über solche zur Reduzierung von Tatgelegenheiten bis hin zu Fragen der Integration straffällig gewordener Menschen. Die bislang initiierten Projekte, Veranstaltungen und eingerichteten Arbeitskreise bestätigen das breite, gesamtgesellschaftlich und auf Nachhaltigkeit angelegte Präventionsverständnis des DFK.

Unter Berücksichtigung der Erfahrungen seit Stiftungsgründung hat eine Arbeitsgruppe, in der alle Stiftungsorgane vertreten waren, zu Beginn des Jahres 2003 die Kernaufgaben des Forums überprüft und konkretisiert. Danach verfolgt das DFK künftig vor allem

- die Verknüpfung staatlicher wie nichtstaatlicher Instanzen und Verantwortungsträger auf dem Gebiet der Prävention sowie die Förderung des Einsatzes der jeweils besten Präventionsakteure (*Vernetzung und Kooperation*),
- die Förderung und Verstärkung des gegenseitigen Nutzens unterschiedlicher Aktivitäten und dadurch ihrer Wirksamkeit insgesamt sowie die Fortentwicklung unterschiedlichster Präventionsansätze durch Zusammenführung der jeweiligen qualifizierten fachkundigen Professionen und Institutionen (*Bündelung*),
- die Erhebung und Verbreitung praktischer Erfahrungen im Sinne von good-practice-Beispielen sowie präventionsrelevanter wissenschaftlicher Erkenntnisse unter Einbindung relevanter Initiativen und Projekte auf nationaler und internationaler Ebene (*Wissenstransfer*) sowie
- die Sensibilisierung einer breiten Öffentlichkeit für die Anliegen und Ziele des DFK und damit der gesamtgesellschaftlichen Präventionsarbeit sowie die Förderung der Mitwirkungsbereitschaft aller gesellschaftlichen Gruppen (*Öffentlichkeitsarbeit*).

Dem entsprechend wurden im April 2003 auch strukturelle Verbesserungen im Wege einer Satzungsänderung erreicht. Die vereinfachte Struktur, die sich insbesondere aus der Verschmelzung von Kuratorium und Stifterrat sowie der Einrichtung eines Präsidiums des Kuratoriums sowie eines geschäftsführenden Vorstandes ergibt, dient der Straffung und Konzentration der Arbeit der Stiftung. Die konkrete inhaltliche Ausrichtung entspricht den Überlegungen, die dem Kuratorium im November 2002 vorgestellt wurden.

Einen besonderen Stellenwert hat für das DFK die Gewaltprävention erhalten, nachdem es von den Regierungschefs der Länder beauftragt wurde, das von ihnen gemeinsam mit dem Bundeskanzler beschlossene Programm zur „Ächtung von Gewalt und Stärkung der Erziehungskraft von Familie und Schule“ zu koordinieren und die Umsetzung zu begleiten. Als Ergebnis des Forschungsprojektes „Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenange-

Kernaufgaben des DFK:

- *Vernetzung und Kooperation*
- *Bündelung*
- *Wissenstransfer*
- *Öffentlichkeitsarbeit*

Straffung und Konzentration der Stiftungsarbeit durch strukturelle Veränderungen

Besonderer Stellenwert der Gewaltprävention

hörige, insbesondere junge Menschen“ wurden Empfehlungen für das Kuratorium erarbeitet, die insbesondere eine Intensivierung der Anstrengungen auf dem Feld der primären Prävention vorschlagen und sich an unterschiedlichste Adressaten richten, die hierzu beitragen können.

Im Rahmen eines großen Familien- und Jugendfestes im ehemaligen Bonner Regierungsviertel wurde am 26. Juli 2003 ein breites Spektrum von Aktionen rund um das Thema „Kinder stark machen“ in erlebbarer Weise dargeboten. Die dokumentierte und evaluierte Veranstaltung gibt wertvolle Impulse, Vergleichbares auf der kommunalen Ebene unter Einbeziehung von Schulen und Vereinen zu initiieren, idealerweise an einem bundesweiten Tag der Prävention.

*Vielfältige Aktivitäten
auf dem Gebiet der
technischen Prävention*

Zur technischen Prävention entwickelt das DFK in verschiedenen Arbeitskreisen eine Vielzahl innovativer Ansätze und Empfehlungen zur Reduzierung von Tatgelegenheitsstrukturen, die im Jahre 2004 entsprechenden Fachkreisen sowie der Öffentlichkeit vorgestellt und in geeigneter Weise zur konsequenten Umsetzung empfohlen werden. So bereitet zum Beispiel der Arbeitskreis „Kriminalprävention und Biometrie“ ein Konzept zur Optimierung der Flughafensicherheit vor. Zur Frage der Wirksamkeit technischer Einbruchsprävention und zu Möglichkeiten deren Verbesserung werden die Ergebnisse eines in Auftrag gegebenen Forschungsprojektes im Frühjahr 2004 erwartet. In diesen Bereichen zeigt sich in besonderer Weise der Nutzen des Konzeptes „Public Private Partnership“. Die Fachebenen der politischen Verantwortungsträger und relevante Akteure der Wirtschaft aus dem Kreise der privaten Zustifter arbeiten kooperativ an gemeinsamen Lösungsansätzen. Die kommunale Ebene wird durch einen Arbeitskreis „Städte für mehr Sicherheit, Toleranz und Gewaltlosigkeit“ ebenfalls unmittelbar in die Stiftungsarbeit einbezogen.

In allen Arbeitsfeldern legt das DFK großen Wert auf eine wissenschaftliche Fundierung durch Studien, Expertisen oder Gutachten. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten werden externe Evaluationen von Projekten und Aktivitäten vorgenommen.

*Weiterentwicklung der
Zusammenarbeit mit den
Landespräventions-
gremien und der Polizei-
lichen Kriminalprävention*

Die Zusammenarbeit mit den Landespräventionsgremien und der Geschäftsstelle des Programms Polizeiliche Kriminalprävention hat sich zum Nutzen der Prävention weiterentwickelt und soll insbesondere hinsichtlich einer engen Abstimmung bei der Bearbeitung von grundsätzlichen Fragestellungen weiter optimiert werden, etwa im Rahmen der Arbeit des mit den Präventionsräten und vergleichbaren Institutionen der Länder gebildeten Beirats.

*Das DFK wird zuneh-
mend als nationales
Präventionsforum wahr-
genommen.*

Als Kooperationspartner des „Deutschen Präventionstages“, durch die Herausgabe der Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“, die Koordination der bundesweiten Präventionsdatenbank „PräviS“, den Internetauftritt „www.kriminalpraevention.de“ und durch die aktive Beteiligung am internationalen Informations- und Erfahrungsaustausch in dem vom Rat der Europäischen Union eingerichteten „Europäischen Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)“ wird das DFK zunehmend als nationales Präventionsforum nicht nur in Fachkreisen, sondern auch von einer interessierten Öffentlichkeit wahrgenommen. Um den entsprechend wachsenden Erwartungen nach kontinuierlicher, qualifizierter und verlässlicher Zusammenarbeit gerecht werden zu können und ebenso dem Auftrag, Synergien bei der gesamt-

gesellschaftlichen Präventionsarbeit durch ein starkes nationales Forum zu erzielen, bedarf das DFK einer Stärkung seiner Möglichkeiten, vor allem in finanzieller Hinsicht. Entsprechende Bemühungen werden mit großem Nachdruck verfolgt. Dabei bedarf es weiterhin uneingeschränkter Unterstützung.

Dem Überblick folgend werden zunächst die Arbeitsfelder im Einzelnen dargestellt und anschließend die strukturellen Rahmenbedingungen aufgezeigt.

2. Tätigkeitsschwerpunkte

2.1 Förderung der Gewaltprävention

Koordinierung des Programms der Regierungschefs der Länder und des Bundeskanzlers zur Ächtung von Gewalt und Stärkung der Erziehungskraft von Familie und Schule

Im Juni 2003 beauftragte die Ministerpräsidentenkonferenz das Deutsche Forum für Kriminalprävention mit der Koordinierung des Programms zur Ächtung von Gewalt und Stärkung der Erziehungskraft von Familie und Schule. In enger Zusammenarbeit mit allen mit dieser Thematik und ihren zahlreichen Facetten befassten Einrichtungen und Institutionen, namentlich dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) und der Polizeilichen Kriminalprävention soll es die Umsetzung des umfangreichen Maßnahmenpaketes begleiten und befördern.

Auftrag der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) zur umfassenden Förderung der Gewaltprävention

Als erste Schritte wurden die konzeptionelle Vorbereitung einer Öffentlichkeitsmaßnahme zur Thematik sowie eine Erhebung der Ressourcensituation bei Präventionsakteuren veranlasst. Gemeinsam mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) und der Polizeilichen Kriminalprävention wurden daneben die nächsten konkreten Umsetzungsschritte besprochen und eine inhaltliche Weiterentwicklung der Präventionsansätze sowie die Erstellung einer Übersicht über einschlägige Präventions- und Umsetzungsinitiativen im Sinne des Programms vor allem zur Förderung der Koordination und von Synergieeffekten durch die Bündelung und Vernetzung von Kompetenzen in Angriff genommen. Bereits in der jüngeren Vergangenheit zu einem vergleichbaren Zweck erstellte Konzepte werden derzeit ausgewertet und entsprechend dem DFK-Auftrag aufbereitet. Der engen Einbindung aller hierfür relevanten Präventionsakteure gilt besondere Aufmerksamkeit.

Konzeptionelle Vorbereitung einer Öffentlichkeitsmaßnahme

Bestandsaufnahme und konzeptionelle Weiterentwicklung von gewaltpräventiven Präventionsansätzen i.S.d. MPK-Programms

Maßnahmen zur Vorbeugung abweichenden Verhaltens bei Kindern und Jugendlichen

„Bonner Präventionsspektakel“

Am 26. Juli 2003 führte das DFK eine mit entimon-Mitteln geförderte öffentliche Veranstaltung rund um die Geschäftsstelle in Bonn durch. Hauptzielgruppe waren Kinder und Jugendliche, deren Eltern sowie Pädagogen. Für sie gab es eine Fülle von Angeboten unterschiedlichster Institutionen und Fachrichtungen zum Thema „Kinder stark machen“, die sie miterleben und mitgestalten konnten.

Pilotveranstaltung zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Anliegen und Möglichkeiten der Prävention

Primäre Prävention von Kinder- und Jugendkriminalität hat viele Facetten; vor allem muss sie bekanntermaßen möglichst früh beginnen. Mit der Veranstaltung sollte deshalb zweierlei erreicht werden. Es sollte die Öffentlichkeit für präventive Maßnahmen sensibilisiert und für Kinder, Jugendliche, ihre Familien und für Pädagogen die Vielfalt präventiver Möglichkeiten erlebbar gemacht werden.

Um in diesem Sinne Anregungen zu geben und praktische Beispiele für konkrete Präventionsansätze zu liefern, sollten die unterschiedlichsten Akteure zusammengeführt und ihr gemeinsames Anliegen verdeutlicht werden. Zu häufig werden entsprechende Angebote nicht oder nur unzureichend genutzt, obwohl sie sich meist problemlos in eine sinnvolle Freizeitgestaltung integrieren lassen. Dies gilt insbesondere für Projekte und Aktivitäten rund um den Sport, die Musik und die Kunst, die den „unschlagbaren“ Vorteil haben, dass sie Spaß machen und Gemeinschaft fördern. Sie leisten eine wichtige Unterstützung der Eltern, denen die Erziehungsverantwortung obliegt.

Eigenes Erleben von Möglichkeiten der Vermittlung und Förderung positiver Verhaltensweisen

Ziel der Veranstaltung war es, möglichst viele Akteure einzubinden, die ungeachtet der unterschiedlichen Fachbereiche und Ansätze doch das gleiche Ziel verfolgen: Kinder fit fürs Leben zu machen. „Fits“ hieß folglich auch die Ameise, die als körperlich kleines, aber dennoch ungemein starkes Tier mit ausgeprägtem Sozialverhalten Symbol für den Tag und seine Zielgruppe war. Das „Spektakel“ wollte vor allem das eigene Erleben von Möglichkeiten, die sich im Alltag bieten und die mit ebensoviel Spaß wie Effizienz positive Verhaltensweisen vermitteln und fördern, bewusst machen.

Dokumentation und Evaluation der Veranstaltung

Zu der Veranstaltung wurde eine Dokumentation erstellt, die insbesondere die wesentlichen Inhalte, beteiligte Institutionen und ihre Projekte beschreibt und in den generellen Kontext zur Arbeit des DFK stellt. In einem gesonderten Teil, der von der Universität Potsdam, Herrn PD Dr. Sturzbecher, zur Verfügung gestellt wurde, werden schwerpunktmäßig wissenschaftliche Erkenntnisse und Projektbeispiele zum Thema „Kinder stark machen“ zusammengefasst.

Die Veranstaltung wurde vom Institut für praktische Sozialforschung Münster (IPSO) evaluiert und insgesamt sehr positiv bewertet. Sie habe gezeigt, wie dem grundlegenden Ziel, die Bedeutung und Möglichkeiten der Primärprävention in der Bevölkerung stärker zu verankern, eine „institutionelle“ Basis gegeben werden könne.

Initiative zur Durchführung vergleichbarer Veranstaltungen durch andere Präventionspartner

Das Präventionsspektakel war als Pilotprojekt angelegt. Durch die Veranstaltung und die umfangreiche Dokumentation sollen andere Akteure motiviert werden, vergleichbare Angebote zu machen. Es ist zu wünschen, dass bundesweit ähnliche Veranstaltungen in regelmäßiger Form, möglichst sogar an einem bestimmten Tag im Jahr (Tag der Prävention), durchgeführt werden und damit das Ziel, Prävention in seiner ganzen Vielfalt im öffentlichen Bewusstsein alltäglich und selbstverständlich werden zu lassen, näher rückt. Das DFK hat bereits mit einzelnen Stiftern die Initiative ergriffen, die Idee über die Stadt Bonn hinauszutragen.

Veranstaltung zum Thema Kriminalprävention an Schulen/Prävention im Team (PIT)

Ende Dezember 2002 führte das DFK in Bonn eine Veranstaltung mit Vertreterinnen und Vertretern der Landespräventionsgremien zum Thema „Kriminalprävention an Schulen“ durch. 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 14 Bundesländern nahmen an dem Erfahrungsaustausch über bestehende Programme zur Kriminalprävention in Schulen, insbesondere unter dem Blickwinkel der Zusammenarbeit von Schule und Polizei teil. Im Vordergrund stand das in Schleswig-Holstein für Grundschulen und Sekundarstufe 1 entwickelte und in teilweise modifizierter Form auch in anderen Bundesländern erprobte Projekt „PIT – Prävention im Team“, das gemeinsam von Lehrern und Polizeibeamten durchgeführt wird. Neben den Bausteinen Gewalt, Diebstahl und Drogen wurde zwischenzeitlich (Stand 17. September 2003) sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Rheinland-Pfalz ein Baustein zum Thema Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus entwickelt.

Erfahrungsaustausch zu kriminalpräventiven Programmen in Schulen

PIT sowie die vergleichbaren Programme anderer Bundesländer sind gewaltpräventive Bausteine, die im Rahmen der Umsetzung des vorgenannten Programms zu Ächtung von Gewalt und Stärkung der Erziehungskraft von Familie und Schule mit einzubeziehen sind. Die Durchführung von Informations- und Kooperationsveranstaltungen mit den Landespräventionsgremien zum Thema Gewaltprävention wird auf der Basis der Auswertungsergebnisse dieser Bestandsaufnahme fortgesetzt.

Unterstützung der Weiterentwicklung und Koordinierung des Erfahrungsaustausches

Forschungsprojekt „Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige, insbesondere junge Menschen“

Ziele des 2001 vom Bundesministerium der Justiz in Auftrag gegebenen Forschungsprojektes sind die Verbesserung der Kenntnis über Hasskriminalität (auf Vorurteilen basierende gewalttätige Handlungen gegen Angehörige unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen) und Methoden ihrer primären Prävention, die Einwirkung auf das öffentliche Bewusstsein sowie die Erarbeitung von Vorschlägen für Empfehlungen des Kuratoriums.

Auftragsprojekt zur Hasskriminalität für das Bundesministerium der Justiz

Das Projekt trägt dem internationalen Forschungsstand Rechnung, der schon seit längerem Phänomene wie z.B. die auch die deutsche Öffentlichkeit beunruhigenden rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Gewalttaten theoretisch wie kriminalpolitisch in einen größeren Zusammenhang stellt. Der Projekttitle „Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige, insbesondere junge Menschen“ richtet den Fokus genau auf diese Erweiterung: Die hassgefährdeten Gruppen – Ausländer, Homosexuelle, Behinderte etc. – werden Opfer auf Grund ihres symbolischen Status und der Zugehörigkeit zu einer vom Täter als fremd eingestuften sozialen Gruppe. Die so orientierten Straftaten enthalten über das konkrete Delikt hinaus eine einschüchternde Botschaft an alle Gruppenangehörigen.

Zur Projektdurchführung wurde eine interdisziplinär besetzte Arbeitsgruppe von Wissenschaftlern und Praktikern unter Leitung von Frau Professor Britta Bannenberg und Herrn Professor Dieter Rössner eingesetzt.

Projektdurchführung durch eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe von Wissenschaftlern und Praktikern

Wesentliche Aspekte der Prävention von Hasskriminalität:

- umfassende gesellschaftliche Definition des Gegenstandsbereiches
- Ausbau primärer Prävention
- mehrere soziale Systeme als Adressaten
- Integration verschiedener Dienste
- langfristige Programme
- Wirkungsevaluation
- strikte gesellschaftliche Gegenbotschaft, auch mit Mitteln der Justiz

Vorlage des Berichts im Januar 2004

Auftaktveranstaltung zum Thema „Gewalt gegen alte Menschen – private Initiativen“

Defizitäre wissenschaftlich-orientierte Diskussion über die Probleme alter Menschen

Am 2. Dezember 2002 hat ein Workshop auf der Grundlage von sieben sozialen Projekten aus ganz Deutschland Eckpunkte der Prävention von Hasskriminalität erarbeitet. Danach bedarf es eines verstärkten Ausbaus von primärer bzw. sozialer Prävention, um während der Kindheit und Jugendzeit Risikofaktoren zu vermindern und Schutzfaktoren zu verstärken. Erfolgreiche Präventionsprogramme richten sich an mehrere soziale Systeme gleichzeitig (Familie, Schule etc.), integrieren verschiedene Dienste (Jugendamt, Schule, offene Jugendarbeit etc.) und sind langfristig angelegt. Insbesondere Kontaktprogramme zwischen verschiedenen Gruppen sowie Ansätze aus der Schule wurden als Erfolg versprechend eingeschätzt.

Aufbauend auf diesen Ergebnissen wurden in einem internationalen Symposium am 7. März 2003 in Berlin die Perspektiven der Auseinandersetzung anderer Staaten mit dieser Thematik aufgezeigt. Die Ergebnisse stützen die Kernaussage des Workshops, dass primäre, auf die Sozialisationsbedingungen zielende Prävention der entscheidende Ansatzpunkt zur Reduzierung von Gewaltbereitschaft und Menschenverachtung ist. Hierfür bedarf es zunächst einer umfassenden, gesamtgesellschaftlichen Definition des Gegenstandsbereiches als problemorientierte und gebündelte Ausgangsbasis ganzheitlicher Strategien, die von allen gesellschaftlichen Instanzen getragen werden. Die Strategiebausteine bedürfen der ständigen Kontrolle und Evaluation, um ihre Wirkungen abschätzen zu können. Daneben ist eine klare und strikte gesellschaftliche Gegenbotschaft als Reaktion auf Hassverbrechen, auch mit Mitteln der Justiz, geboten.

Das Projekt wurde seitens des Instituts für praktische Sozialforschung Münster (IPSO) durch eine Prozessevaluation begleitet. Der Bericht der Arbeitsgruppe wird zusammen mit dem Evaluationsbericht im Januar 2004 dem Kuratorium vorgelegt, das über die weitere Umsetzung der Ergebnisse, insbesondere der unterbreiteten Empfehlungen über sein Präsidium beschließt.

Gewalt gegen alte Menschen

Am 30. Oktober 2003 veranstaltete das DFK unter der Schirmherrschaft der Bundesjustizministerin, Frau Brigitte Zypries, in Bonn einen Workshop „Prävention von Gewalt gegen alte Menschen – private Initiativen.“ Die ca. 30 anwesenden Vertreter aus Ministerien, kommunalen Spitzenverbänden, Kommunen sowie örtlichen Organisationen konnten sich an diesem Tag über den Umgang mit diesem wichtigen gesellschaftlichen Thema informieren.

In Zeiten, in denen die im Verhältnis zunehmende Anzahl alter Menschen als soziales Problem gedeutet wird, sich politische Kampfbegriffe hierüber formieren und der alte Mensch als Belastungs- und Kostenfaktor des sozialen und gesellschaftlichen Lebens begriffen wird (Stichworte: Vergreisung, Sicherung der Renten- und Sozialsysteme, Kosten der Pflege alter Menschen etc.), erscheint es zunehmend schwerer, auf das Thema der Viktimisierung dieser Bevölkerungsgruppe – also die Probleme, die alte Menschen haben und weniger jene, die sie (anscheinend) verursachen – hinzuweisen.

Eine fundierte und wissenschaftlich-orientierte Diskussion über die Probleme alter Menschen – in diesem Falle die Gewalt gegen diese Personengruppe – findet oftmals nicht statt. Es ist jedoch zu erwarten, dass mit vermehrter in-

terdisziplinärer Auseinandersetzung die Problematik nicht nur eine abstrakte Gefahr, sondern leider auch ein tatsächliches Phänomen größeren Ausmaßes darstellt. Der Workshop setzte an dieser Nahtstelle an, um das Thema weiter zu vertiefen und zu verbreiten.

So betonte die Bundesministerin der Justiz Brigitte Zypries in ihrem Grußwort die immer noch weitgehende Tabuisierung der Problematik innerhalb der Gesellschaft und lobte gleichzeitig die meist ehrenamtlichen Tätigkeiten privater Initiativen. Hierbei reiche verbale Anerkennung nicht aus. Monetäre Hilfen seien unumgänglich, um ein funktionierendes Netzwerk kompetenter Hilfsangebote in Deutschland zu etablieren.

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Renate Schmidt, verwies in ihrer Ansprache insbesondere auf Modellprojekte, die die Gewalt gegen alte Menschen thematisieren. Bei den Hilfsangeboten käme der Einrichtung von Sorgentelefonen große Bedeutung zu.

Daneben wurde der gesellschaftliche Aspekt einer optimalen Versorgung alter Menschen als wichtiger präventiver Faktor hervorgehoben. Pflegende Familien bzw. ambulante Pflegekräfte seien deshalb durch Beratungs- und Hilfsangebote abzusichern und zu unterstützen, zumal auf die häusliche Versorgung durch Angehörige auf lange Sicht nicht verzichtet werden könne.

Die Initiativen, die ihre Arbeit im Rahmen des Workshops vorstellten, haben sich als positive Beispiele wider eine Kultur des Wegsehens und für die engagierte und wichtige Arbeit in diesem Bereich präsentiert.

Im Rahmen des Workshops wurden Eckpunkte erarbeitet, die in weiteren Veranstaltungen vertieft werden sollen. Ihnen liegt zugrunde, dass in Deutschland bislang ein flächendeckendes, basiskoordiniertes, niedrigschwelliges Beratungsangebot für alte Menschen sowie Personen fehlt, die beruflich oder persönlich mit Problemen alter Menschen konfrontiert sind. Vorrangiges Ziel muss es daher sein, ein breites Netzwerk einzurichten, welches den Aufbau eines umfassenden Hilfsangebotes fördert.

Dazu ist die Thematik zu enttabuisieren, vertieft zu diskutieren und die Gesellschaft weiter zu sensibilisieren. Es ist Aufgabe des Deutschen Forums für Kriminalprävention, der Landespräventionsräte sowie einschlägiger Gremien und runder Tische, die Problematik entschlossen aufzugreifen, vor allem medial zu diskutieren und bekannt zu machen. Da in den neuen Bundesländern bislang kaum Hilfsangebote eingerichtet sind, besteht hier besonders dringlicher Handlungsbedarf und auch der Bereich Fortbildung und Forschung darf nicht vernachlässigt werden.

Der Workshop „Gewalt gegen alte Menschen“ war als Auftaktveranstaltung zu einem wichtigen Aspekt der gesellschaftlichen Aufgabe „Gewaltprävention“ konzipiert.

Arbeitskreis „Vernetzung und Kooperation durch Aus- und Fortbildung am Beispiel der Polizei- und Jugendsozialarbeit bei der Gewaltprävention“

Eine erfolgreiche Präventionsarbeit im Zusammenwirken unterschiedlicher Fachrichtungen setzt neben höchstmöglicher eigener Fachkompetenz auch

Überlegungen zum Handlungsbedarf:

- *umfassendes Beratungs- und Hilfsangebot*
- *Enttabuisierung und öffentlicher Diskurs*
- *Initiativen in Fortbildung und Forschung*

Einrichtung eines Arbeitskreises zur Entwicklung von Ansätzen koordinierter Aus- und Fortbildung von Präventionsakteuren

Erste Themenstellung: Zusammenarbeit von Polizei und Jugendsozialarbeit in der Gewaltprävention

Kenntnisse über die Arbeit der jeweils anderen Professionen voraus. Vor diesem Hintergrund hat das DFK im Oktober 2003 in Kooperation mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) einen Arbeitskreis „Vernetzung und Kooperation durch Aus- und Fortbildung am Beispiel der Polizei- und Jugendsozialarbeit bei der Gewaltprävention“ eingerichtet.

Um möglichst zielgenau Problemstellungen aufgreifen zu können, hat der Arbeitskreis sich zunächst auf die Zusammenarbeit von Polizei und Jugendsozialarbeit in der Gewaltprävention beschränkt.

Ausgangspunkt der Arbeit sind die Ergebnisse einer Veranstaltung der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit und des DFK Ende 2001 zum Thema: „Jugendsozialarbeit und Polizei als Partner“, die in unveränderter Form Eingang in Empfehlungen des Forums „Jugend“ beim 7. Deutschen Präventionstag gefunden haben. Dort bestand Einigkeit, dass eine Verbesserung der Zusammenarbeit dringend geboten ist und dass dies, um nicht lediglich punktuelle Erfolge zu haben, eine dauerhafte Befassung im Sinne eines fest institutionalisierten Expertenkreises erfordert, der den Anforderungskatalog weiter konkretisiert und die fachliche und politische Umsetzung vorbereitet und begleitet.

Ziele des Arbeitskreises sind, zur Einführung in die Thematik und Problematik ein Grundlagenpapier zu erarbeiten, Empfehlungen für die praktische Zusammenarbeit von Polizei und Jugendsozialarbeit zu formulieren, einen Rahmenplan für gemeinsame Fortbildungen zu erarbeiten und ein Thesen- und Argumentationspapier für die (politische) Führungsebene zu verfassen. Damit sollen Notwendigkeit, Chancen und Erfolge einer vertrauensvollen Zusammenarbeit von Polizei und Jugendsozialarbeitern und Strategien für die Umsetzung von Kooperationsbemühungen und die Gewinnung von Sponsoren aufgezeigt werden.

Vorlage eines Konzeptes Ende 2004

Der Arbeitskreis will Ende 2004 ein entsprechendes Konzept vorlegen.

2.2 Prävention durch Technik

Forschungsstudie zur Wirksamkeit technischer Einbruchsprävention

Wissenschaftliche Studie zur Wirksamkeit technischer Einbruchsprävention

Das DFK hat im März 2003 beim Lehrstuhl Kriminologie der Ruhr-Universität Bochum (Professor Dr. Feltes) eine wissenschaftliche Studie „Wirksamkeit technischer Einbruchsprävention bei Wohn- und Geschäftsobjekten“ in Auftrag gegeben. Ziel ist es, Erkenntnisse für die Fortschreibung von Empfehlungen für präventive technische Maßnahmen der Einbruchsicherung bei Wohn- und Geschäftsobjekten zu gewinnen. Die Empfehlungen verfolgen die Erhöhung der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung.

Zusammenführung bisheriger Erkenntnisse und empirische Forschung

In der wissenschaftlichen Untersuchung werden die bisherigen Erkenntnisse zur Wirksamkeit technischer Einbruchsprävention aufbereitet und zusammengeführt. Durch primäre Forschung sollen neue Erkenntnisse zu Motivation, Planungs- und Tatverhalten professioneller Täter gewonnen und daraus Schlussfolgerungen für Empfehlungen zu technischen Präventionsmaßnahmen abgeleitet werden.

Inhaltliche und methodische Schwerpunkte der Studie sind Erhebungen bei inhaftierten Tätern, bei polizeilichen Sachbearbeitern, Sachbearbeitern der Versicherungswirtschaft und Vor-Ort-Analysen bei von Einbrüchen/Einbruchversuchen betroffenen Wohn- bzw. Geschäftsobjekten. Die Studie wird vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. finanziert. Erste Ergebnisse und Tendenzen wurden in einem Zwischenbericht zum 30. September 2003 vorgelegt. Der Abschlussbericht wird zum 31. März 2004 erwartet. Die Ergebnisse werden zunächst in einem fachlichen Dialog vertieft und anschließend für eine breite Öffentlichkeit unter Einbindung der Gremien des DFK aufbereitet.

Vorlage des Abschlussberichtes zum 31. März 2004

Arbeitskreis „Kriminalprävention und Biometrie“

Mit der Einrichtung des Arbeitskreises „Kriminalprävention und Biometrie“ leistet das DFK im Spannungsfeld zwischen Sicherheitsbedürfnis und Schutz der Privatsphäre des Einzelnen einen Beitrag zur Diskussion der politischen Entscheidungsträger. Es konzentriert sich entsprechend auf die Analyse der gesellschaftspolitischen Bedeutung biometrischer Verfahren und eine kriminalpolitische Bewertung. Staatlichen wie nichtstaatlichen Institutionen ist Gelegenheit zur Mitarbeit gegeben. Aufklärung, kritische Sensibilisierung und die Förderung der öffentlichen Akzeptanz für zuverlässige biometrische Methoden stehen im Mittelpunkt der Arbeit.

Arbeitskreis „Kriminalprävention und Biometrie“ als Beitrag zur politischen Diskussion und zur Förderung gesellschaftlicher Akzeptanz

Deshalb sind Vertreter des Datenschutzes, der Wissenschaft, der Behörden, der Fachverbände und anderer interessierter Vereinigungen eingebunden und bereits vorhandene Aktivitäten zu diesem Thema einbezogen, um für weitere Untersuchungen eine breite Grundlage zu erarbeiten.

Einbindung von Datenschutz, Wissenschaft, Behörden, Fachverbänden und Unternehmen

In einem konzeptionellen Angebot zur Sicherheit an Flughäfen beschreibt der Arbeitskreis den kriminalpräventiven Nutzen biometrischer Verfahren für Flughafenbetreiber, deren Personal und Fluggäste. Zur Unterstützung des politischen Diskurses im Hinblick auf den kriminalpräventiven Wert biometrischer Verfahren ist für März 2004 ein bundesweites Symposium geplant.

Symposium zur Flughafensicherheit im März 2004

Projekt „Sicheres Handy“

In enger Abstimmung mit dem Bundesministerium des Innern hat das DFK das Projekt „Sicheres Handy“ initiiert, um den Diebstahl von Mobiltelefonen präventiv einzudämmen, indem Handys nach einer widerrechtlichen Wegnahme unbrauchbar gemacht werden. In Großbritannien gibt es bereits eine Regelung, nach der im Zusammenwirken mit der Mobilfunkwirtschaft gestohlene Handys mit Hilfe des Gerätecodes (IMEI) über ein zentrales Register (CEIR) für den Betrieb in allen britischen Netzen gesperrt werden.

Projekt zur Prävention des Diebstahls von Mobiltelefonen

Mit Blick auf die Erfahrungen in Großbritannien und auf der Grundlage der Erkenntnisse des Bundeskriminalamtes sollte aus Sicht der Arbeitsgruppe, der BMI, BKA und DFK angehören, in einem ersten Schritt der konstruktive Dialog mit Geräte-/Chip-Herstellern sowie Netzbetreibern aufgenommen werden, um zunächst für Deutschland ebenfalls eine – auch europaweit angelegte – konsensuale Problemlösung zu erreichen. Angesichts der Entwicklung auf EU-Ebene bedarf das weitere Vorgehen der engen Abstimmung zwischen BMI und DFK.

Konstruktiver Dialog mit der Mobilfunkwirtschaft mit dem Ziel einer konsensualen europaweiten Problemlösung

Überlegungen zu einer spezifischen Organisationsstruktur für das Thema „Prävention durch Technik und Kooperation mit der privaten Sicherheitswirtschaft“

Bündelung der Aktivitäten zur technischen Prävention und Fortentwicklung der Kooperationsformen zwischen kommunalen Präventionsakteuren und privater Sicherheitswirtschaft

Um die laufenden Aktivitäten zur technischen Prävention weiter zu bündeln, neue Felder der technischen Prävention zu erschließen, Kooperationsformen zwischen kommunalen Präventionsakteuren und der privaten Sicherheitswirtschaft fortzuentwickeln sowie weitere Partner aus der Wirtschaft als Zustifter zu gewinnen, ist vorgesehen, einen geeigneten organisatorischen Rahmen für den Themenbereich „Prävention durch Technik und private Sicherheitsangebote“ zu schaffen.

Im Rahmen der „Essener Sicherheitstage“ des Bundesverbandes der Hersteller- und Errichterfirmen von Sicherheitssystemen e.V. (BHE) hat das DFK im November 2003 die Zusammenarbeitsmöglichkeiten auf Vorstandsebene offensiv präsentiert. Im Frühjahr 2004 bietet auch der Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen (BDWS) anlässlich seines Mitgliederkongresses Gelegenheit, über Kooperationsfelder und Mitarbeitsmöglichkeiten im DFK zu diskutieren.

2.3 Prävention von Wirtschaftskriminalität und Korruption

Kooperation mit dem Anwenderrat WerteManagement in der Wirtschaft und Transparency International

Präsentation von Strategien zur Prävention von Wirtschaftskriminalität durch nachhaltiges Wertemanagement

In einem moderierten Roundtable-Gespräch am 12. März 2003 in Düsseldorf haben der „Anwenderrat für WerteManagement in der Wirtschaft“ (AfW) und das DFK einem Kreis ausgewählter Fachjournalisten Strategien für Prävention durch nachhaltiges Wertemanagement präsentiert.

Das DFK arbeitet im AfW als Kooperationspartner mit. Der AfW ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Unternehmen und Verbänden, der sich die Schaffung und Förderung eines Standards für Seriosität und Nachhaltigkeit in der Unternehmensführung zum Ziel gesetzt hat. Dieser Standard ist im sogenannten „WerteManagement-System“ festgeschrieben, das vom Zentrum für Wirtschaftsethik der Universität Konstanz in Kooperation mit führenden Vertretern deutscher Unternehmen und Verbände entwickelt wurde und auf die deutsche wie die europäische Wirtschaftskultur zugeschnitten ist.

Es richtet sich an die Unternehmen selbst, an die eigenen Mitarbeiter und Führungskräfte und soll unternehmensschädliche oder ungesetzliche Handlungen vermeiden. Insoweit weist es unmittelbare Bezüge zur Kriminalprävention auf. Außerdem entfaltet das „WerteManagement-System“ mittelbare kriminalpräventive Wirkung, indem es die Unternehmer „in die Pflicht nimmt“ und ihre Verantwortung für integre Wirtschaftsstrukturen und einen gesamtgesellschaftlichen Wertekonsens deutlich macht.

Arbeitskreis „Informationsrechte und Kriminalprävention“

Ziel des im Sommer 2002 eingerichteten Arbeitskreises, der sich aus Vertretern von Wirtschaft, Wissenschaft, Justiz, Innenressorts und Datenschutz zu-

sammensetzt, ist es, realistische Optimierungsmöglichkeiten für die Kriminalprävention in der Wirtschaft aufzuzeigen und entsprechende Empfehlungen zu erarbeiten, die sich an den Gesetzgeber, an staatliche Institutionen und Wirtschaftsunternehmen richten.

Arbeitskreis „Informationsrechte und Kriminalprävention“ zur Förderung der Kriminalprävention in der Wirtschaft

Ausgehend von dem Anliegen, die Prävention von Straftaten, die Unternehmen selber schädigen, zu verbessern, sind die Informationsrechte und Auskunftsmöglichkeiten des Managements sowie diesbezüglicher Handlungsbedarf inhaltlicher Schwerpunkt der Arbeit. Der Bericht des Arbeitskreises trägt daher zur Klarstellung der konkreten Themenstellung den Titel: „Informationsrechte als wichtige Ressource zur Kriminalprävention in der Wirtschaft“ und wird Anfang 2004 vorgelegt.

Der Bericht geht weit über das Aufzeigen punktueller Handlungserfordernisse hinaus und gibt einen umfassenden Überblick über die bestehenden Informations- und Auskunftsquellen sowie die jeweiligen Zugangs- und Nutzungsvoraussetzungen. Ein aus den gewonnenen Erkenntnissen resultierendes Informationsangebot soll insbesondere mittleren und kleineren Unternehmen eine praktische Hilfestellung geben, um eigene Verfahrens-, Regelungs- und Verhaltensweisen zu überprüfen und zu optimieren.

Umfassender Überblick zu Informations- und Auskunftsquellen und die jeweiligen Zugangs- und Nutzungsvoraussetzungen als praktische Hilfestellung

2.4 Prävention und Medien

Den Präventionsgedanken stärker in der Bevölkerung zu verankern, ist ein wichtiges Anliegen des DFK. Um möglichst viele Menschen direkt zu erreichen, wurde im vergangenen Geschäftsjahr intensiv nach Möglichkeiten gesucht, die Massenmedien, insbesondere Film und Fernsehen stärker für das Thema Prävention zu interessieren. Neben einer Vielzahl von Gesprächen mit Medienschaffenden aus den unterschiedlichsten Bereichen veranstaltete das DFK zu diesem Bereich zwei Podiumsdiskussionen mit dem Thema „Prävention und Fernsehen“, einmal in Zusammenhang mit dem Erfurter Kinderfilm und Fernseh-Festival „Goldener Spatz“ im April 2003 und im Rahmen des NRW-Medienforums bei „generation m“ im Juni 2003 in Köln.

Initiativen zur sachgerechten Umsetzung von Präventionsthemen und -anliegen in den Medien

Als wesentliche Schwierigkeit bei der Verbreitung des Präventionsgedanken über das Fernsehen hat sich herauskristallisiert, dass Fernsehproduzenten zu meist keinen Bildungsanspruch erheben, sondern die verschiedenen Zielgruppen entsprechend informieren und unterhalten möchten. Vor dem Hintergrund eines enormen Wettbewerbes und dem damit verbundenen Quotendruck wird Prävention überwiegend als „Quotenkiller“ eingestuft. Eine Vorstellung darüber, was Prävention ist und welche tatsächlichen Möglichkeiten sie beinhaltet, gibt es bei vielen Medienschaffenden nicht oder nur sehr unklar. Deshalb fehlt es vielfach an konkreten Anregungen bzw. Vorstellungen oder Bildern, die für eine Umsetzbarkeit bei Film und Fernsehen notwendig sind.

Vor diesem Hintergrund hat das DFK eine Arbeitsgruppe „Prävention in den Medien“ eingerichtet, in der Experten von verschiedenen Sendern, medienpädagogischen Instituten und anderen Einrichtungen, die sich mit Film und Fernsehen beschäftigen, vertreten sind. In einem ersten Schritt will sie das weite Feld der Prävention mit deren vielfältigen Umsetzungsmöglichkeiten in einzelne Bausteine zerlegen und mit Beispielen angereichert zu einer für Me-

Arbeitsgruppe „Prävention und Medien“ zur Aufbereitung des Themas für Medienschaffende

dienschaffende konkret nachvollziehbaren Darstellung aufbereiten. Zunächst sollen insbesondere die Redakteure und Autoren von Unterhaltungssendungen mit speziell auf sie zugeschnittenen Informationsangeboten für das Thema interessiert werden. Im Vorfeld werden bereits Gespräche mit Autoren bestimmter Sendungen („Soaps“) geführt, um Möglichkeiten und zielgruppenspezifische Interessenlagen in Bezug auf Präventionsthemen herauszuarbeiten.

2.5 Präventionsdatenbank „PrävIS“

Die Präventionsmanagementsoftware PrävIS.1 wurde in enger Zusammenarbeit mit Präventionsgremien von Bund und Ländern entwickelt. Zurzeit sind die Landespräventionsgremien und/oder Landeskriminalämter der Länder Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen und das DFK mit dem Programm ausgestattet.

PrävIS.1 verfolgt die Zielsetzung, einen Überblick über die vorhandene Präventionslandschaft auf nationaler wie internationaler Ebene zu geben, eine Plattform zur Vernetzung zu schaffen, Wissenstransfer zu unterstützen, Qualität, Effektivität und Effizienz von Prävention zu fördern und den Präventionsgedanken in der Öffentlichkeit zu verbreiten. Die Software bietet zudem eine Komplettlösung zur Administration und Organisation von Präventionsarbeit und beinhaltet zudem ein kostenloses Erfassungsmodul, das eine dezentrale Datenerfassung und Übermittlung an die jeweilige Kopfstelle ermöglicht. Das Modul ist in Niedersachsen in den kommunalen Präventionsgremien und in Baden-Württemberg auf Polizeiebene bereits flächendeckend im Einsatz. In Nordrhein-Westfalen hat die Ausstattung auf kommunaler wie polizeilicher Ebene begonnen.

Technische Probleme bei der Anpassung von PrävIS.1 auf die unterschiedlichen Computer-Betriebssysteme sowie der Programmierung einer Internet-Recherchemaske führten zu einem deutlichen Zeitverzug gegenüber der Projektplanung. So konnte die Auslieferung der Version PrävIS 1.2.30 incl. dezentraler Erfassungsmodule erst im November 2003 abgeschlossen werden. Die Internet-Recherchemaske befindet sich seit Oktober 2003 in der Erprobungsphase, ihre allgemeine Freischaltung ist für Mai 2004 terminiert. Zum Jahresende 2004 folgt ein abschließendes Programmupdate.

2.6 „Sichere Kommune“: Impulse für die kommunale Prävention

Städte für Sicherheit, Toleranz und Gewaltlosigkeit

Auf Initiative der Stadt Düsseldorf und des DFK haben im September 2001 zehn deutsche und vier weitere europäische Städte eine Zusammenarbeit im „Städtenetzwerk für mehr Toleranz und Gewaltlosigkeit“ mit dem Ziel vereinbart, Städte und ihre Präventionsakteure zu vernetzen.

Lokale Kriminalitätsentwicklungen werden von den örtlichen infrastrukturellen und sozialen Gegebenheiten, die zwischen städtischen Kommunen vergleichbar sind, beeinflusst. Die Partner können sich gegenseitig über neu ent-

Entwicklung der Präventionsmanagementsoftware PrävIS.1

Zielsetzung:

- Überblick über die Präventionslandschaft/-projekte
- Plattform zur Vernetzung
- Unterstützung des Wissenstransfers

Auslieferung der aktuellen Version im November 2003

Freischaltung der Internet-Recherche im Mai 2004

Vernetzung von Städten und ihren Präventionsakteuren

stehende Kriminalitätsentwicklungen bzw. das Sicherheitsgefühl der Bewohner beeinflussende Trends informieren und sich koordiniert über Problemlösungsansätze austauschen.

Im Oktober 2003 führte das DFK gemeinsam mit dem Kriminalpräventiven Rat der Hansestadt Lübeck ein Arbeitstreffen mit dem thematischen Schwerpunkt „Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum: Integrative kriminalpräventive Ansätze / Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Kommune, Polizei, privaten Sicherheitsdiensten und BürgernInnen in der Innenstadt“ durch. Zur Verstärkung der Zusammenarbeit wurde dort vereinbart, das Netzwerk zu einem DFK-Arbeitskreis „Städte für Sicherheit, Gewaltlosigkeit und Toleranz“ weiter zu entwickeln.

Außerdem wird das DFK dem „Europäischen Forum für urbane Sicherheit (EFUS)“ mit Sitz in Paris beitreten. Dem Forum gehören ca. 300 Kommunen vor allem aus Frankreich, Italien, Spanien und Belgien an. Ziel ist, den Wissenstransfer für den kommunalen Bereich – insbesondere den Austausch von „good-practice“ – sowohl auf europäischer Ebene wie über diese zu fördern. Das DFK bildet die Verknüpfung für den kommunalen Bereich und will insbesondere den Wissenstransfer auf dieser Ebene fördern.

Arbeitstreffen mit dem Schwerpunkt „Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum“

Kooperation des DFK mit dem Europäischen Forum für urbane Sicherheit (EFUS)

Initiative „Aktive Nachbarschaft“

Als weiteren Impuls für die kommunale Ebene hat das DFK, einer Empfehlung des Kuratoriums folgend, das Thema „Aktive Nachbarschaft“ aufgegriffen.

Ausgehend von einem Konzeptvorschlag des Zentralverbandes der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI) für die Bündelung unterschiedlicher Aktivitäten zur Förderung aktiver und wachsender Nachbarschaft im Rahmen einer bundesweiten „Sicherheitswoche“ haben DFK, Landespräventionsgremien, Programm Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK) und ZVEI einen mehrstufigen, auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Prozess initiiert.

Der erste Meilenstein soll ein öffentlichkeitswirksamer Auftakt u. a. zur Unterstützung beispielhafter Initiativen nachbarschaftlichen Engagements im Jahr 2004 sein, den es in ein Rahmenkonzept mit dem Ziel der nachhaltigen Förderung einer verantwortlichen aktiven und sozialen Nachbarschaft mit einem breiten Präventionsansatz einzubinden gilt. Auf diese Weise sollen insbesondere kommunale Akteure für die Themenstellung gewonnen, zu Aktivitäten motiviert und bei der Durchführung von Maßnahmen unterstützt werden.

Initiierung eines auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Prozesses zur Förderung einer aktiven Nachbarschaft

Öffentlichkeitswirksamer Auftakt u. a. zur Unterstützung beispielhafter Initiativen im Jahr 2004

Mitarbeit im Forschungsfeld „Öffentlicher Raum“

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung führt in Kooperation mit der Technischen Hochschule Aachen ein Projekt zum Thema „Wandel und Entwicklung öffentlicher Räume“ durch. Das DFK ist in diese Arbeit eingebunden. In mehreren Workshops wurden Qualitätskriterien für die Auswahl geeigneter Beispiele für die positive Entwicklung öffentlicher Räume in den Kommunen festgelegt. Im weiteren sollen ausgewählte Modellvorhaben in den Kommunen unterstützt und evaluiert werden. Ziel ist es, integrierte Entwicklungsansätze zu erproben, übertragbare Erfahrungen für die Praxis zu

Mitwirkung im Kooperationsprojekt „Wandel und Entwicklung öffentlicher Räume“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung und der TH Aachen

sammeln sowie verallgemeinerbare Erkenntnisse insbesondere für die Städtebauförderung des Bundes zu gewinnen.

Das DFK achtet bei der Auswahl von „good-practice“ Modellprojekten vor allem auf kriminalpräventive Aspekte, die in diesem Zusammenhang bedeutsam sind, insbesondere darauf,

- dass Städtebau sowohl als kriminogener Faktor als auch als Mittel der Kriminalprävention verstanden wird,
- die vielfach bestehenden gesamtgesellschaftlichen Netzwerke der Kriminalprävention auf kommunaler Ebene (Präventionsräte) für die Fortentwicklung / Sanierung öffentlicher Räume genutzt,
- die Ergebnisse kriminologischer Regionalanalysen berücksichtigt und
- die Ergebnisse von Bürgerbefragungen zur subjektiven Sicherheit einbezogen werden.

Unterstützung vernetzter, integrativer sowie aktivierender Stadtentwicklung im fachpolitischen Dialog zum Programm „Soziale Stadt“

Die Ansätze vernetzter, integrativer sowie aktivierender Stadtentwicklung, die auch kriminalpräventive Überlegungen einbeziehen und Bürgerengagement stärken, unterstützt das DFK darüber hinaus im fachpolitischen Dialog zum Programm „Soziale Stadt“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, von dem bereits 229 Kommunen im Rahmen eines Fördervolumens von 300 Mio. Euro seit 1999 profitieren. Kooperationsmöglichkeiten im Themenfeld „Aktive und soziale Nachbarschaft“ werden mit dem Deutschen Institut für Urbanistik erörtert.

2.7 Nationale Kontaktstelle im Europäischen Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)

Enge Einbindung des DFK als eine der nationalen Kontaktstellen in die Arbeit des EUCPN

Zur Förderung seines Anliegens, bewährte Strategien und Methoden der Kriminalprävention europaweit auszutauschen und weiter zu entwickeln, organisiert das EUCPN halbjährliche Arbeitstreffen, richtet spezielle Arbeitsgruppen ein und fördert einen ständigen Informationstransfer. Das DFK ist als eine der nationalen Kontaktstellen für Deutschland eng in diese Arbeiten eingebunden und setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass künftig vermehrt auch Themen der Forschung und Ausbildung im Netzwerk aufgegriffen werden. Inhaltliche Schwerpunkte des EUCPN sind nach wie vor Jugendkriminalität, Kriminalität in Städten und die Drogenkriminalität.

Arbeitstagung zum Thema „Entwicklung der kommunalen Prävention in Europa“

Am 5./6. Juni 2003 hat in Griechenland eine Arbeitstagung zum Thema „Entwicklung der kommunalen Kriminalprävention im europäischen Vergleich“ stattgefunden, bei der sich das DFK mit einem Referat zum Thema „Entwicklung der kommunalen Prävention als gesamtgesellschaftliches Anliegen – Erfolgskriterien für kommunale kriminalpräventive Gremien“ präsentiert hat. Es bestand Einvernehmen, dass Kriminalprävention notwendig als kommunale Querschnittsaufgabe und als Bürgermeisterpflicht verstanden werden muss und von mehrstufigen Netzwerken, in denen erfolgreiche Problemlösungen ausgetauscht werden, profitiert. Deshalb kommt nationalen Plattformen eine immer größere Bedeutung für die Bündelung und Koordination von Aktivitäten sowie für Wissenstransfer, Erfahrungsaustausch und Öffentlichkeitsarbeit zu.

Am 25. September 2003 trafen sich in Paris Experten der Kriminalprävention aus den Mitgliedstaaten zum Thema „Kriterien für die Beschreibung und den Austausch von good-practice – Entwicklung eines europäischen Standards“. Die Teilnehmer waren sich einig, dass zumindest die Methode zur Identifizierung und Weitergabe erfolgreicher Präventionsarbeit vereinheitlicht werden muss. Gemeinsam mit ProPK hat das DFK die Bundesrepublik Deutschland bei dieser Veranstaltung vertreten und erste Überlegungen zu Erfolgskriterien ganzheitlich orientierter Präventionsarbeit vorgestellt. Danach zeichnet sich ein „gutes“ Projekt mit primärem Ansatz dadurch aus, dass es

- Aspekte zur Verbesserung grundlegender Rahmenbedingungen z.B. für die positive Entwicklung von Kindern und Jugendlichen aufgreift und unterstützt,
- einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt und gesamtgesellschaftlich ausgerichtet ist,
- ursachenbezogen nachhaltige Wirkung beabsichtigt, die allerdings häufig erst nach einer gewissen Zeit auftreten wird,
- integrativ die notwendigen Kooperationspartner einbezieht, aktiviert und eine Zusammenarbeit institutionalisiert sowie dabei die jeweils beste Kompetenz der Akteure zur Wirkung bringt, Impulse gibt und „selbsttragend“ fortwirkt,
- bereits bewährte Elemente aufgreift und innovative Komponenten entwickelt sowie
- den Ressourceneinsatz fortlaufend auf seine (beabsichtigte) Wirkung hin überprüft.

Dieses Verständnis hat allgemein Zustimmung gefunden.

Bei der Good-practice Konferenz in Rom Mitte November 2003 wurden konkrete Projekte zu den Themenbereichen Prävention von Kfz-Diebstahl, von Raubüberfällen in Geschäften/Banken sowie zur Integration delinquenzauffälliger jugendlicher Migranten vorgetragen. Deutschland präsentierte Projekte aus Berlin („outreach“), Niedersachsen („Brückenstelle“) und Nordrhein-Westfalen („Strategien gegen die Angst“).

Die EU bietet in 2004 im AGIS-Programm Fördermittel für die Präventionsarbeit mit einem Volumen von 15,27 Mio. Euro an. Das nach einem König des antiken Sparta benannte Netzwerkprogramm soll die Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Fachleuten der EU-Mitgliedstaaten und -Beitrittskandidaten auf dem Gebiet der Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung unterstützen. Förderfähig sind Projekte, die einen europäischen Mehrwert erreichen. Anträge können bis zum 13. Februar 2004 gestellt werden. Bereits Mitte des Jahres 2004 soll über alle Anträge abschließend entschieden sein. Dem DFK ist es angesichts seiner Finanzsituation leider nicht möglich, die für eine Teilnahme an dem Programm notwendigen Komplementärmittel aufzubringen.

Die EU-Präsidentschaften in 2004 (Irland und Niederlande) haben bereits Eckdaten ihrer Planungen für Veranstaltungen und die inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte des EUCPN mitgeteilt: Danach stehen Public Private Partnership, community-policing und kommunale Kooperation, Diversion und

Expertentreffen zur Entwicklung europäischer Standards für die Identifizierung und Weitergabe erfolgreicher Präventionsarbeit

Good-practice Konferenz zu den Themenbereichen Prävention von Kfz-Diebstahl, von Raubüberfällen in Geschäften/Banken sowie zur Integration delinquenter jugendlicher Migranten

EU-Fördermittel für Präventionsprojekte; Programm AGIS

Arbeitsschwerpunkte des EUCPN 2004:

- *Public Private Partnership*
- *Community-policing und kommunale Kooperation*
- *Diversion und Mediation*
- *städtebauliche Kriminalprävention*
- *häusliche Gewalt*

Mediation, städtebauliche Kriminalprävention sowie häusliche Gewalt im Vordergrund.

Das DFK übermittelt den Landespräventionsgremien regelmäßig die Arbeitsergebnisse des EUCPN durch newsmails und informiert in einer Rubrik „European News“ der Zeitschrift „forum kriminalprävention“ kontinuierlich über die Entwicklung des Netzwerkes.

2.8 Öffentlichkeitsarbeit / Kooperationspartnerschaften

Internetpräsentation / DFK-Newsletter

Internetauftritt: www.kriminalpraevention.de

Die Präsentation des DFK im Internet mit einer eigenen Homepage (<http://www.kriminalpraevention.de>) hat sich auch im Jahre 2003 als geeignetes Mittel der Öffentlichkeitsarbeit und als hilfreich zur Vernetzung bereits vorhandener Präventionsstrukturen auf kommunaler und regionaler Ebene in Deutschland erwiesen.

Die Homepage bietet zur Zeit mehr als 160 Verweisungen (Links) auf nationale und internationale Präventionsinitiativen und wird ständig weiterentwickelt. Ebenfalls findet man einen ausführlichen Präventionskalender auf den Internet-Seiten und die Möglichkeit, kostenlos den periodischen DFK-Newsletter zu abonnieren.

Monatlich 45 000 Zugriffe auf die Internetseiten

Im Jahr 2003 wurden durchschnittlich 45 000 Zugriffe pro Monat auf die Internetseiten registriert, mehr als 800 Personen und Institutionen haben den DFK-Newsletter abonniert. Die Internetpräsenz der Stiftung wird durch die Homepage der Zeitschrift „forum kriminalprävention“ (<http://www.forum-kriminalpraevention.de>) ergänzt bzw. erweitert.

Mehr als 800 Newsletterabonnenten

Zeitschrift „forum kriminalprävention“

Herausgabe der Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“

Die durch das DFK herausgegebene Zeitschrift „forum kriminalprävention“ ist ein wichtiges Sprachrohr der Stiftung. Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu vermitteln sowie den Wissenstransfer und die Vernetzung der vielfältigen Präventionsinstanzen zu fördern, ist das zentrale Anliegen der Publikation. Zielgruppen sind Präventionsgremien in Bund, Ländern, Städten und Gemeinden und darüber hinaus Polizei, Justiz, Kinder- und Jugendschutzinstitutionen, das Sicherheitsgewerbe, Medien, Politik, Kirchen und Gewerkschaften sowie interessierte Erzieherinnen und Erzieher.

Die Zeitschrift will zwischen Theorie und Praxis vermitteln und über erfolgversprechende oder bereits erfolgreich abgeschlossene in- und ausländische Projekte und Maßnahmen informieren. Dabei werden auch Fragen der Evaluierung und des interkulturellen Transfers thematisiert.

„forum kriminalprävention“ wird seit Januar 2003 durch den Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH (VdP) verlegt und erscheint viermal im Jahr. Chefredakteur ist Prof. Dr. Edwin Kube, Honorarprofessor für Kriminologie und Kriminalistik an der Universität Gießen und ehemaliger Leiter des Kriminalistischen und des Kriminaltechnischen Institutes im Bundeskriminalamt in Wiesbaden.

Folgende Ausgaben sind bisher erschienen:

- Die sichere Stadt
- Gewalt- und Hasskriminalität
- Kinder- und Jugenddelinquenz
- IT-Sicherheit, Biometrie, Computer-Viren
- Wirtschaftskriminalität
- Aus- und Fortbildung in der Prävention
- Kriminalprävention im Ausland
- Prävention von Hasskriminalität
- Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften
- Prävention durch Technik
- Kommunale Kriminalprävention

11 Ausgaben seit 2001

Kooperationspartnerschaft „Deutscher Präventionstag“

Am 28. und 29. April 2003 fand in Hannover der 8. Deutsche Präventionstag mit dem Themenschwerpunkt „Migration – Integration – Prävention“ statt. Als Mitveranstalter organisierte und moderierte das DFK das Forum „Arbeitswelt“.

*Mitveranstalter des
8. Deutschen Präventionstages in Hannover*

Im Forum „Arbeitswelt“ wurde deutlich, dass Wertschätzung, faire Chancen durch frühzeitige Qualifizierungsangebote und dadurch berufliche sowie soziale Perspektiven wesentliche Voraussetzungen für eine Integration in den Arbeitsmarkt sind und dass hier noch erheblicher Handlungsbedarf besteht. Neben frühzeitiger Sprachförderung wurde insbesondere bei wichtigen Rahmenbedingungen – Zulassungsvoraussetzungen, unterstützende Netzwerke, Qualifizierung der in den jeweils zuständigen Behörden und Institutionen zuständigen Personen und Aufwertung der mitgebrachten Fähigkeiten – erheblicher Verbesserungsbedarf gesehen. Und es wurde deutlich, dass nicht allein die Arbeitslosigkeit Jugendliche in die Kriminalität treibt, sondern die bereits davor empfundene Perspektivlosigkeit und soziale Ausgrenzung wesentliche Faktoren sind, die in eine „Abwärtsspirale“ bis hin zur Devianz führen können.

*Organisation und
Moderation des Forums
„Arbeitswelt“*

Diese Erkenntnisse und die damit verbundene Notwendigkeit, die Rahmenbedingungen in Schule und sozialem Umfeld zu verbessern und mit der Präventionsarbeit möglichst frühzeitig bei (ausländischen) Kindern und ihren Familien anzusetzen, greift das DFK insbesondere für das Themenfeld Aus- und Fortbildung von Polizei und Jugendsozialarbeit in der Gewaltprävention auf, mit der eine Verbesserung der zielgruppen-spezifischen Kenntnisse und Kooperationsmöglichkeiten gerade auch bezogen auf gefährdete Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund erreicht werden soll. Sie fließen weiter bei der vom DFK zu koordinierenden Umsetzung des Programms zur Ächtung von Gewalt und Stärkung der Erziehungskraft von Familie und Schule ein. Dort kommt der engeren Einbindung von Eltern und ihrer Erziehungsverantwortung, der Unterstützung und Kooperation seitens Kindergarten und Schule und der Verbesserung der schulischen, beruflichen und sozialen Rahmenbedingungen eine ganz zentrale Bedeutung zu.

Einbeziehung der Ergebnisse in die Koordinierung des Programms zur Ächtung von Gewalt und Stärkung der Erziehungskraft von Familie und Schule

Tagung der Landespräventionsräte und entsprechender Gremien in Koblenz

DFK-Beirat zur Entwicklung gemeinsamer Initiativen der Kriminalprävention mit den Ländern

Im Mittelpunkt der jährlichen Tagung der Geschäftsführer der Landespräventionsgremien, ProPK und DFK am 17./18. September in Koblenz stand die gegenseitige Information über die Arbeitsschwerpunkte des vergangenen Jahres sowie ein Ausblick auf geplante Aktivitäten. Darüber hinaus wurden die Möglichkeiten der künftigen Zusammenarbeit zwischen dem DFK und dem Beirat der Landespräventionsräte und entsprechender Gremien erörtert. Es bestand Einigkeit, den Beirat künftig vor allem zur Entwicklung gemeinsamer Initiativen auf dem Gebiet der Kriminalprävention jeweils rechtzeitig vor den jährlichen Sitzungen des Kuratoriums des DFK zu nutzen.

Landespräventionstag Mecklenburg-Vorpommern

Teilnahme an Podiumsdiskussion zur Qualität der kommunalen Kriminalprävention in Mecklenburg-Vorpommern

Im Rahmen des 2. Landespräventionstages Mecklenburg-Vorpommern am 11./12. Juni 2003 in Greifswald war das DFK zu einer Podiumsdiskussion mit dem Landesinnenminister Dr. Timm zum Thema „Klasse statt Masse: Zur Qualität der kommunalen Kriminalprävention“ eingeladen. Das DFK nutzte die Gelegenheit, seinen „Mehrwert“ für die anderen Präventionsakteure als Netzwerkpartner darzustellen. Erwartungen der kommunalen Ebene an das DFK wurden insbesondere zum „Good-Practice-Austausch“ und zur vergleichenden Wirkungsevaluation geäußert.

Präsentation des DFK im Rahmen von Messen und Veranstaltungen

Öffentlichkeits- und medienwirksame Präsentation des DFK

Neben den bereits dargestellten Aktivitäten war das DFK im Jahr 2003 auf den Essener-Sicherheitstagen des Bundesverbandes der Hersteller- und Errichterfirmen von Sicherheitssystem e.V. (BHE), der Fachtagung „Kripo International“ des Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) und dem Landespräventionstag Rheinland-Pfalz mit einem Messestand vertreten. Präsentationsveranstaltungen und Diskussionsrunden an der Polizei-Führungsakademie in Münster sowie im Bonner und Kölner Presseclub boten Gelegenheit, das DFK und sein Anliegen vorzustellen.

Workshop „Effektive Betrugsbekämpfung – Sicherer Handeln im Internet“

Mitwirkung im Rahmen der Initiative D21 zum Thema „Präventive Bekämpfung des Betruges im Internet“

Im Rahmen der Initiative D21 arbeitet das DFK in einer Projektgruppe „Effektive Betrugsbekämpfung – Sicherer Handeln im Internet“ mit. Die Initiative D21 e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, mit dem Ziel, den Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft in Deutschland zu beschleunigen und die Chancen für Wachstum und Beschäftigung zu nutzen. Der Verein besteht hauptsächlich aus Unternehmen und arbeitet mit Vertretern aus Politik und Verwaltung in Arbeitsgruppen und Projekten zu den Schwerpunktthemen Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit; IT im Gesundheitswesen; Bildung, Qualifikation und Chancengleichheit sowie E-Government, Sicherheit und Vertrauen im Internet zusammen.

In einem ersten Workshop am 16. Oktober 2003 in Berlin vereinbarte die Arbeitsgruppe, zunächst eine Bestandsaufnahme „Betrugsbekämpfung im In-

ternet“ durchzuführen und auf dieser Basis mögliche Präventions- und Bekämpfungsmaßnahmen zu identifizieren, erste Maßnahmen zur Umsetzung in 2004 zu empfehlen sowie einen Fachkongress im Jahr 2004 zu veranstalten. Das DFK achtet dabei auf die Berücksichtigung eines umfassenden Präventionsansatzes, der auch primärpräventiven Aspekten, die auf die Entwicklung einer verantwortungsbetonten Kompetenz im Umgang mit (elektronischen) Medien zielen, Rechnung trägt.

Förderung eines umfassenden Präventionsansatzes, insbesondere der Entwicklung einer verantwortungsbetonten Kompetenz im Umgang mit (elektronischen) Medien

INHOPE-Konferenz in Berlin

Am 20. November 2003 fand mit Unterstützung des DFK in Berlin die 1. internationale INHOPE (Internet-Hotline-Providers) – Konferenz zum Thema „The internet 2004 – safe or just safer?“ statt. Im Rahmen der Veranstaltung wurden hauptsächlich technische und rechtliche Möglichkeiten, Programme zur Vermittlung zureichender Kompetenz im Umgang mit dem Internet sowie Ansätze zur Prävention krimineller Inhalte im Internet und bezüglich der Nutzung dieses Mediums zu kriminellen Handlungen vorgestellt.

Unterstützung der 1. internationalen INHOPE-Konferenz zur Internetsicherheit

Deutscher Förderpreis Kriminalprävention

Unter Schirmherrschaft der Präsidentin des Kuratoriums des DFK, Frau Bundesministerin Brigitte Zypries, hat die Stiftung Kriminalprävention in Kooperation mit dem DFK am 29. September 2003 den ersten „Deutschen Förderpreis Kriminalprävention“ über 50 000 Euro ausgelobt. Die mit dem zunächst bis 2010 jährlich wiederkehrenden Preis verbundenen Anreize sollen Akteure der Kriminalprävention nachhaltig motivieren und überzeugen, systematisiert zu arbeiten und evaluierte, benchmarkfähige Projekte und Ergebnisse zu er- und bearbeiten.

Deutscher Förderpreis Kriminalprävention über 50 000 EUR zur Stärkung strukturierter und evaluierter Prävention

Mit dieser Kooperation möchte das DFK dazu beitragen, die Wirksamkeit von Präventionsprojekten zu fördern, anderen Präventionsträgern Anregung und Hilfestellung für ihre eigenen Bemühungen zu geben und auch kleinen und finanzschwachen Institutionen in Zeiten knapper Ressourcen eine Perspektive für ihr Anliegen zu eröffnen.

Medienempfehlung

Im November 2003 ist die CD „Pass auf, sing mit! – Lieder und Geschichten für starke Kinder“ der Glühwürmchen, Sinnvolle Kindermedien GbR, mit Empfehlung des DFK erschienen. Die CD richtet sich an Kinder von 5–9 Jahren und enthält Tipps und Geschichten zu den Themen Schlägereien, Schultwegerpressung, Streit(-schlichtung), Beleidigung, Sachbeschädigung, Diebstahl, Zündeln und Mutproben. Da die CD nicht durch die GEMA geschützt ist, sind Aufführungen jeglicher Art im Interesse der Prävention kostenfrei möglich.

CD „Pass auf, sing mit! – Lieder und Geschichten für starke Kinder“

3. Aufbau und Organisation der Stiftung

3.1 Aufbau / Struktur

Auf der Grundlage des Kuratoriumsbeschlusses vom 30. November 2002 analysierte die zu diesem Zwecke eingerichtete Arbeitsgruppe, in der alle Stif-

Überprüfung der Strukturen und inhaltlichen Ausrichtung der Stiftung

Satzungsänderung im April 2003:

- Verschmelzung von Stifterrat und Kuratorium
- Schaffung eines Präsidiums und eines Geschäftsführenden Vorstandes
- Außenvertretung durch eine Direktorin / einen Direktor

tungsorgane vertreten waren, Strukturen und inhaltliche Ausrichtung der Stiftung. Im März 2003 legte sie ihre Vorschläge zur Effektivierung der Stiftungsarbeit vor. Während zur inhaltlichen Ausrichtung des DFK aus Sicht der Arbeitsgruppe kein grundlegender Änderungsbedarf gesehen wurde, betonte sie hinsichtlich der Stiftungsstrukturen das Erfordernis, eine Vereinfachung durch Verringerung der Zahl der Organe, die Stärkung des Einflusses der bisher nicht im Kuratorium vertretenen Stifter sowie die Straffung und Beschleunigung der Arbeit der Organe zu erreichen.

Dieser Empfehlung folgend hat das Kuratorium in seiner Sitzung am 7. April 2003 im Wege einer Satzungsänderung einstimmig beschlossen, den Stifterrat und das Kuratorium zu einem neuen Kuratorium zu verschmelzen, in dem jeder Stifter, der mindestens 20000 Euro zum Stiftungsvermögen beigetragen hat, vertreten ist. Die Zuständigkeiten des Kuratoriums wurden erweitert (Wahl der Vorstandsmitglieder, Entlastung des Vorstandes) und mit der Schaffung von „Dreier-Gremien“ (Präsidium des Kuratoriums, Geschäftsführender Vorstand) die Voraussetzungen für eine Beschleunigung der Entscheidungsfindung und Handlungsabläufe geschaffen.

Die Außenvertretung der Stiftung wird von einer Direktorin/einem Direktor wahrgenommen, die/der Mitglied des Vorstandes sowie des Geschäftsführenden Vorstandes ist, die Geschäfte der laufenden Verwaltung führt und die Geschäftsstelle leitet.

Die Bundesländer, die als Gründungstifter bzw. Stifter an der Etablierung des DFK mitgewirkt haben, sind nun sämtlich im Kuratorium vertreten. Die bisherige Regelung einer befristeten Vertretung im Kuratorium nach einem rotierenden Verfahren wurde aufgegeben.

3.2 Organisation

Das DFK nutzt für die Unterbringung seiner Geschäftsstelle unverändert die von der Stadt Bonn zunächst bis Ende 2005 angemietete Liegenschaft im Gebäude der ehemaligen Parlamentarischen Gesellschaft am Stiftungssitz in Bonn.

Bei den Vertragsverhandlungen konnte eine Absenkung des Mietzinses und damit eine leichte Entlastung des Haushalts des DFK erreicht werden. Der Direktor des DFK sowie zwei im Jahre 2003 vom Land Berlin und dem Bundesverwaltungsamt dem DFK zugewiesene Mitarbeiter sind in Räumlichkeiten des Bundesverwaltungsamtes in Berlin, Gotlindestraße 91, mietzinsfrei untergebracht.

Der Vorstand des DFK ist im Jahr 2003 zu insgesamt 10 Sitzungen zusammengekommen. Trotz dieser relativ hohen Sitzungsfrequenz und des damit verbundenen Reiseaufwandes haben die Vorstandsmitglieder gegenüber der Stiftung – wie auch im Vorjahr – auf die Erstattung von Reisekosten verzichtet.

3.3 Personal

Der Personalbestand der Geschäftsstelle ist mit gegenwärtig 12 (Direktor sowie 11 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) gegenüber dem Stand vom No-

vember 2002 nahezu gleich geblieben. Erfreulicherweise konnten die Arbeitsbereiche der im Jahre 2003 ausgeschiedenen Mitarbeiter wieder nachbesetzt werden. Das DFK kann aus finanziellen Gründen nach wie vor kein eigenes Personal anstellen, sondern muss auf Kräfte zurückgreifen, die aus dem Kreis der Stifter zur Verfügung gestellt werden. Gegenwärtig haben der Bund sowie die Länder Berlin und Nordrhein-Westfalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle zugewiesen. Die Bemühungen von Vorstand und Geschäftsstelle, Personal auch von Seiten anderer Stifter zu gewinnen, waren nicht erfolgreich.

3.4 Finanzen

Nachdem die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Bremen sowie die Bundesdruckerei GmbH und der Bundesverband der Hersteller- und Errichterfirmen von Sicherheitssystem e.V. (BHE) dem DFK durch Zahlung von Stiftungseinlagen beigetreten sind, hat sich die Zahl der im Kuratorium stimmberechtigten Stifter auf 37 erhöht. Das Stiftungskapital beträgt derzeit 2 677 930,12 Euro, womit die in Vorbereitung der Stiftungsgründung als Mindestbetrag von damals 10 Millionen DM bezifferte Summe erst zu etwas mehr als der Hälfte erreicht ist. Das Stiftungskapital wird von dem Stifter Bankhaus Sal. Oppenheim verwaltet.

Nach dem Budget 2003 verfügt das DFK über Einnahmen in Höhe von insgesamt 194 938,64 EUR, die aus Zinserträgen (67 263,50 EUR), Zuschüssen seitens der IMK (42 309,17 EUR) und des Bundes (78 757,34 EUR) sowie einer Steuererstattung (1 663,70 EUR) und einem Überschuss aus dem Jahr 2002 (49 444,93 EUR) stammen. Mit diesen Mitteln wurden sowohl die Kosten für den Betrieb der Geschäftsstelle (74 054,87 EUR) als auch die Ausgaben für die Projekte und sonstigen Aktivitäten der Stiftung (88 313,31 EUR) bestritten. Außerdem hat das DFK im Jahre 2003 für das Bundesministerium der Justiz das Projekt „Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige, insbesondere junge Menschen“ (Finanzvolumen 170 000 EUR), das vom Gesamtverband der Versicherungswirtschaft finanzierte Projekt „Wirksamkeit technischer Einbruchsprävention bei Wohn- und Geschäftsobjekten“ (Finanzvolumen 50 000 EUR) sowie das durch Mittel des Aktionsprogramms „entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“, Geldspenden der Deutschen Bahn AG und des Weißen Rings e.V. sowie zahlreiche Sachspenden von Sponsoren unterstützte „Bonner Präventionsspektakel“ vom 26. Juli 2003 (Finanzvolumen 53 000 EUR) durchgeführt. Durch Geldspenden seitens KPMG, der Airbus Deutschland GmbH und der Hannover Rückversicherungs-AG sowie einer Sachspende der GfK Macon AG wurde das DFK mit insgesamt 6 855,88 EUR unterstützt.

Personalbestand der Geschäftsstelle:

Direktor sowie 11 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Zustiftung der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Bremen sowie der Bundesdruckerei GmbH und des BHE

*Stiftungskapital:
2 677 930,12 EUR*

Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben

Anhang:

Mitglieder des Kuratoriums am 31.12.2003

Name	Institution
Bundesministerin der Justiz Brigitte Zypries (Präsidentin)	Bundesrepublik Deutschland
Uwe Glock (Vizepräsident)	Bosch Sicherheitssysteme GmbH
Staatsminister des Innern Horst Rasch (Vizepräsident)	Freistaat Sachsen
Franz Zipperle	Adolf Würth GmbH & Co. KG
Prof. Dr. Norbert Seidel	ARD
S. H. Matthias Graf von Krockow	Bankhaus Sal. Oppenheim
Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Weißer Ring e.V.
Klaus Jansen	Bund deutscher Kriminalbeamter
Moritz Gerke	Bundesdruckerei GmbH
Bundesministerin für Bildung und Forschung Edelgard Bulmahn	Bundesrepublik Deutschland
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Renate Schmidt	Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister des Innern Otto Schily	Bundesrepublik Deutschland
Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft Renate Künast	Bundesrepublik Deutschland
Dietmar Harting	Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
Dr. Volker Schulze	Bundesverband der Deutschen Zeitungs- verleger e.V.
Dr. Urban Brauer	Bundesverband der Hersteller- und Errichter- firmen von Sicherheitssystemen e.V. (BHE)
Jürgen C. Brandt	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzen- verbände, Stadtdirektor der Stadt Duisburg
Burkhard von Hausen	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzen- verbände, Referent Deutscher Landkreistag
Uwe Lübking	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzen- verbände, Beigeordneter Deutscher Städte- und Gemeinebund
Dr. Gertrud Witte	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzen- verbände, Beigeordnete Deutscher Städtetag
Holger Wenzel	Bundesvereinigung Deutscher Handelsverbände (BDH)
Dr. Harald Olschok	Bundesverband Deutscher Wach- und Sicher- heitsunternehmen e.V. (BDWS)
Uwe Gerstenberg	CONSULTING PLUS Sicherheitsberatung & Service GmbH
Jens Petersen	Deutsche Bahn AG
Prälat Dr. Karl Jüsten	Deutsche Bischofskonferenz
Konrad Freiberg	Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Name	Institution
Dr. Jürgen Möllering	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)
Franz-Georg Rips	Deutscher Mieterbund
Dr. Holger Berndt	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V. (DSGV)
Prof. Dr. Peter Kapustin	Deutscher Sportbund (DSB)
Harald Steininger	Deutsche Telekom AG
RAin Margit Fleckenstein	Evangelische Kirche in Deutschland
Innensenator Dirk Nockemann	Freie und Hansestadt Hamburg
Staatsminister des Innern Dr. Günther Beckstein	Freistaat Bayern
Innenminister Andreas Trautvetter	Freistaat Thüringen
Dr. Edmund Schwake	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV)
Andreas Nowak	Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Dr. Steffen D. Frischat	Giesecke & Devrient GmbH
Dieter John	KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Innenminister Dr. Thomas Schäuble	Land Baden-Württemberg
Senator für Inneres Dr. Ehrhart Körting	Land Berlin
Senator für Inneres und Sport Thomas Röwekamp	Land Bremen
Staatsminister der Justiz Dr. Christean Wagner	Land Hessen
Minister des Innern Dr. Gottfried Timm	Land Mecklenburg-Vorpommern
Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann	Land Niedersachsen
Minister des Innern Dr. Fritz Behrens	Land Nordrhein-Westfalen
Minister des Innern und für Sport Walter Zuber	Land Rheinland-Pfalz
Minister des Innern Klaus-Jürgen Jeziorsky	Land Sachsen-Anhalt
Innenminister Klaus Buß	Land Schleswig-Holstein
Ministerin für Inneres und Sport Annegret Kramp-Karrenbauer	Saarland
Ralf Brümmer	Securitas Deutschland Holding GmbH
Dr. Jörg Kopecz	Siemens AG
Dieter Bulle	Visa International Service Association
Paul Spiegel	Zentralrat der Juden in Deutschland
Norbert Seibt	Zentralverband der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI)
Dieter Philipp	Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)
Michael von Foerster	ZN Vision Technologies AG

